

Dominik Geppert / Jens Hacke (Hg.)

Streit um den Staat

Intellektuelle Debatten in der
Bundesrepublik 1960–1980

≡book

Vandenhoeck & Ruprecht



Streit um den Staat

Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik
1960–1980

Herausgegeben von
Dominik Geppert und Jens Hacke

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-36758-2

Umschlagabbildung:

Demonstration von Studenten vor dem Reichstag gegen den »Lücke-Entwurf« der Großen Koalition zur Erweiterung des Grundgesetzes (Notstandsgesetzgebung). – Foto, 7. März 1967.

© akg-images / Gert Schütz

© 2008 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Dominik Geppert und Jens Hacke
Einleitung 9

1. Abschied vom Adenauer-Staat

Hans Jörg Hennecke
Streiten für diesen Staat
Wilhelm Röpke und die Bundesrepublik 23

Dominik Geppert
Von der Staatsskepsis zum parteipolitischen Engagement
Hans Werner Richter, die Gruppe 47 und die deutsche
Politik 46

Joachim Scholtysek
Mauerbau und Deutsche Frage
Westdeutsche Intellektuelle und der Kalte Krieg 69

2. Angst vor dem autoritären Staat

Frank Bösch
Später Protest
Die Intellektuellen und die Pressefreiheit in der frühen
Bundesrepublik 91

Helmut König
Kein Neubeginn
Hannah Arendt, die NS-Vergangenheit und die
Bundesrepublik 113

Wolfgang Kraushaar

- Die Furcht vor einem »neuen 33«
 Protest gegen die Notstandsgesetzgebung 135

3. Demokratisierung der Universität?

Riccardo Bavaj

- Verunsicherte Demokratisierer
 »Liberal-kritische« Hochschullehrer und die
 Studentenrevolte von 1967/68 151

Daniela Münkel

- Der »Bund Freiheit der Wissenschaft«
 Die Auseinandersetzungen um die Demokratisierung
 der Hochschule 169

4. Belastungsproben des Staates

Jens Hacke

- Der Staat in Gefahr
 Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen
 Legitimationskrise und Unregierbarkeit 188

Rüdiger Graf

- Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates
 Konservative und die ökologischen Bedrohungsszenarien
 der frühen 1970er Jahre 207

5. Bedrohte Sicherheitspolitik

Holger Nehring

- Die nachgeholte Stunde Null
 Intellektuelle Debatten um die Atombewaffnung
 der Bundeswehr 1958–1960 229

Jörg Requate

Gefährliche Intellektuelle?

Staat und Gewalt in der Debatte über die RAF 251

Klaus Naumann

Nachrüstung und Selbstanerkennung

Staatsfragen im politisch-intellektuellen Milieu der

»Blätter für deutsche und internationale Politik« 269

Die Autoren 291

Dominik Geppert und Jens Hacke

Einleitung

Untersucht man die politische Kultur der Bundesrepublik in den beiden Dekaden zwischen den Langzeitkanzlern Adenauer und Kohl, so hat man es mit einem Paradox zu tun: Selten war ein objektiv stabiles und erfolgreiches Staatswesen so sehr intellektueller Kritik ausgesetzt wie in jener formativen Phase der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren. Spiegelaffäre, Notstandsgesetze und Terrorismusdiskussion offenbarten eine tief gehende Furcht vor einer autoritären Verselbständigung des Staates. Die sich intensivierende Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit stellte die Bonner Republik in den Schlagschatten von Auschwitz. Die Debatten um Bildung und Hochschulreform, um die Grenzen des Wachstums und die Zukunft der Industriegesellschaft pointierten überscharf tatsächliche oder vermeintliche Schwächen des westdeutschen Staates. Auch in den außenpolitischen Debatten – von den Anti-Atomdiskussionen der 1950er Jahre über den Mauerbau bis zur Nachrüstungsdebatte – ging es in der Regel um Fragen, die fundamentale Mängel der Bundesrepublik zu offenbaren schienen: Defizite an Sicherheit und Souveränität, an nationaler Einheit und außenpolitischer Autonomie. Die Meinungsführer setzten dabei größtenteils gegen »das System« auf die liberalen Entfaltungskräfte der Gesellschaft.

Dies alles, so die Ausgangshypothese unseres Bandes, kann man als Krise des Staatsgedankens begreifen. Sie trat nicht erst um 1960 auf, sondern war schon seit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu spüren. Dass es dem ohnmächtigen »Trizonesien« in den Gründerjahren an einem positiven Selbstverständnis mangelte, beklagten vor allem Intellektuelle. Der Bundesrepublik fehle es an »Seele«, an »Bewusstsein und geistiger Vorstellung« ihrer selbst (Friedrich Sieburg); sie sei ein Staat ohne Idee, ohne »geistigen Schatten« (Rüdiger Altmann), so lautete damals das Verdikt vieler Kommentatoren. Es brauchte einige Zeit, bis sich in der Bonner Republik

eine liberale Debattenkultur entwickelte, die zu einer eigenen politischen Lager-, aber auch Bewusstseinsbildung führte. Aus ideengeschichtlicher Perspektive ist deswegen argumentiert worden, dass die eigentliche intellektuelle Gründung der Republik erst nachträglich stattgefunden habe.¹ Die Erforschung dieses Prozesses hat in den letzten Jahren begonnen, zumeist in der Darstellung repräsentativer Denkschulen oder unter der Perspektive einer wie auch immer gearteten Verwestlichung der Bundesrepublik.² Es steht allerdings noch aus, die intellektuellen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik in ihrer Breiten- und Öffentlichkeitswirksamkeit genauer zu untersuchen und dabei die Diskurse der Meinungseliten über den Staat, in dem sie wirkten, über dessen Physiognomie und geistiges Profil sie stritten, systematisch miteinander zu verknüpfen.³

Unser Band nähert sich diesen Selbstverständigungsdebatten von ihren Initiatoren und Trägern her: den Intellektuellen. Welches Verhältnis entwickelten sie zum Staat? Wie nahmen sie die Bonner Republik wahr, und mit welchen Überzeugungen engagierten sie sich meinungsbildend in ihrem Gemeinwesen? Die zentrale Frage nach dem Staatsverständnis bundesdeutscher Intellektueller wird dabei aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet: erstens aus der Perspektive der Debattenkultur, dem Streitverständnis und der Einstellung zu Formen und Zwecken intellektueller politischer Auseinandersetzung; zweitens aus dem Blickwinkel generationeller oder auch professioneller Frontverläufe innerhalb der verschiedenen Debatten; und drittens schließlich unter dem Aspekt ideengeschichtlicher Traditionen und Fluchtlinien im Staatsverständnis deutscher Intellektueller.

Unter Intellektuellen werden dabei im Anschluss an Joseph A. Schumpeter politisch engagierte und rhetorisch versierte Bürger verstanden, die mit ihrer Kritik öffentlich Dinge zur Sprache bringen, obwohl – oder gerade weil – diese Dinge außerhalb ihrer eigenen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten liegen.⁴ Es scheint so, dass in Deutschland der Typus eines derartigen kritischen Intellektuellen erst in den 1960er Jahren zu einem verbreiteten Rollenmodell wurde. Jedenfalls legen das die zeitgenössischen Intellektuellensoziologien von Rainer Lepsius und Ralf Dahrendorf nahe, die bezeichnenderweise beide dafür warben, »inkompetente Kri-

tik« in ihr Recht zu setzen.⁵ Aus ihrer Warte mangelte es in der jungen Bundesrepublik an einer politischen Kultur der intellektuellen Auseinandersetzung und an Konfliktbereitschaft. Der Geist der Affirmation und Staatshörigkeit sei weitaus stärker ausgeprägt als der Mut zur Intervention und die Pflege öffentlicher Tugenden. Das Verhältnis der deutschen Intellektuellen zum Staat war also – wie es die traditionelle Sonderwegserzählung will – immer noch ein allzu unkritisches, und es fehlte an der richtigen Gewichtung von Distanz und Zugehörigkeit. Genau genommen, so hat es jüngsthin noch einmal Wolf Lepenies zusammengefasst, ließen die deutschen Geistesschaffenden ihr intellektuelles Potenzial ungenutzt. Indem sie die Trennung von Geist und Macht favorisierten, blieben sie letztlich einer apolitischen Haltung verhaftet.⁶ In einem solchen kulturellen Klima konnte es genau genommen gar keinen »Streit um den Staat« geben, sondern nurmehr dessen Verteidigung oder Ablehnung. Um allerdings dem von Michael Walzer skizzierten Ideal eines »engagierten Intellektuellen« nahe zu kommen, bedarf es einer intellektuellen Klasse, die grundsätzlich mit den Normen des Gemeinwesens übereinstimmt und sich mit ihrem Staat in gewisser Weise identifiziert, aber bereit ist, für die politische Verwirklichung und die Verteidigung von Werten zu streiten. Kritik setzt also nach Walzer Gemeinsinn und damit auch – zumindest moralische – Verantwortlichkeit voraus.⁷ Dieser Common sense verlangt freilich Einübung, und die Intellektuellen der Bundesrepublik mussten die Praxis der Gesellschaftskritik, der öffentlichen Debatte, der politischen Auseinandersetzung innerhalb einer liberalen Verfassungsordnung erst lernen, um eine belastbare Streitkultur auszubilden.

Der Prozess dieser Selbstverständigung kreiste stets um den Staat, dessen Beschreibung sich in der jungen Bundesrepublik als schwierig erwies, fehlten ihr doch alle Insignien vorher selbstverständlicher Staatlichkeit wie feststehende Grenzen oder staatliche Souveränität. Die bescheidene Staatsrepräsentation und verfassungsmäßige Existenz als Provisorium trugen ihrerseits dazu bei, dass dem Begriff des Staates jede Selbstverständlichkeit abhanden gekommen war. Darauf konnte man unterschiedlich reagieren und – um nur zwei Optionen zu nennen – einerseits die Bundesrepublik als Abschied vom Staat bzw. als neuen paradigmatischen Staat der

Industriegesellschaft akzeptieren oder andererseits den Gesellschaftsbegriff weiter aufwerten, um alle Restbestände repressiver Staatlichkeit abzuschütteln. In jedem Fall herrschte Unsicherheit – und damit Orientierungsbedarf – unter Intellektuellen, was der Staat noch sei bzw. was man sich unter ihm vorzustellen habe. Zwischen radikaler Infragestellung von politischem System und Staat bis hin zur vehementen Verteidigung der »freiheitlich demokratischen Grundordnung« reichten die Positionen im Streit um die Legitimität des bundesrepublikanischen Staates in den 1960/70er Jahren. Im Gegensatz zu der besser erforschten Frühphase gerät diese Hochzeit intellektuellen Engagements in der Bundesrepublik erst allmählich in den Blick der Forschung.⁸ Zudem hat sich die deutsche Intellektuellenforschung bisher stärker für das politische Engagement einzelner Intellektueller interessiert als für die von ihnen ausgefochtenen Debatten.⁹

Die Schwerpunktsetzung des Bandes auf intellektuelle Debatten verdeutlicht, dass nicht so sehr der abstrakte Staat der rechtswissenschaftlichen, politologischen oder philosophischen Theorie in den Blick genommen werden soll, sondern dessen konkrete Ausformung in der Bundesrepublik zwischen dem Ende der Ära Adenauer und dem Beginn der christlich-liberalen Koalition. Die Transformationsphase von den späten 1950er bis zu den ausgehenden 1970er Jahren ist als »Wendezeit« zwischen einer durch Nationalsozialismus, Krieg und Niederlage traumatisierten, desorientierten, weitgehend apolitischen Wiederaufbaugesellschaft und einer stärker pluralistischen, politisierten, freizeitorientierten Konsumgesellschaft in den zurückliegenden Jahren verstärkt ins Blickfeld der deutschen Zeitgeschichtsforschung geraten und meist mit positiv aufgeladenen Termini wie »Verwestlichung«, »Demokratisierung« oder »Liberalisierung« beschrieben worden.¹⁰

Unser Band versteht sich als Beitrag zur Geschichte der politischen Kultur der Bundesrepublik in dieser Umbruchzeit. Es geht darum, Verschiebungen in der Wirklichkeitswahrnehmung und Realitätsinterpretation sowie die Formulierung neuer Lebensentwürfe und gesellschaftlicher Leitbilder kleiner, aber wirkungsmächtiger Gruppen von Intellektuellen zu analysieren, die dem später einsetzenden Bewusstseinswandel breiterer Bevölkerungsgruppen Bahn zu brechen halfen. Die zwanzig Jahre zwischen 1960

und 1980 umfassen dabei den Übergang vom langen Aufschwung der Nachkriegsjahre zur Periode »nach dem Boom«, die erst allmählich ins Blickfeld einer gegenwartsnah arbeitenden Zeitgeschichte rückt und bisher kaum konzeptionell erfasst ist.¹¹ Die beiden Dekaden sind auch deswegen von Interesse, weil das bundesrepublikanische Staatswesen damals schon lange genug etabliert war, um in seinen institutionellen wie ideellen Besonderheiten greifbar zu sein, aber zugleich noch nicht zur unhinterfragten Selbstverständlichkeit geworden war. Die Zeit vor dem großen Zivilisationsbruch der Jahre 1933 bis 1945 gehörte noch zur stets präsenten Lebenserinnerung vieler politisch engagierter Zeitgenossen, entsprechend gegenwärtig war die erste deutsche Republik in den Diskussionen. Erst in den 1980er Jahren nahmen die Intellektuellen der Bundesrepublik Abschied von deren provisorischem Charakter.¹² Aus dem Blickwinkel der hier untersuchten Debatten betrachtet, erscheinen die 1960er und 1970er Jahre daher als Phase der Inkubation und Transformation, in der sich die westdeutschen Intellektuellen in einem Wechselspiel von radikaler Kritik und Affirmation zur inneren Akzeptanz ihres Gemeinwesens durchranken – oder anders ausgedrückt: Die Bundesrepublik fand auf dem Umweg über ihre intellektuelle Infragestellung zur Selbstanerkennung (ehe sie dann weitere zehn Jahre später die deutsche Einheit vor neue Identitätsfragen stellte).

Die Genese eines bestimmten Verständnisses vom Staat ist dabei nicht nur von historischem Interesse. Warum das Institutionengefüge des bundesrepublikanischen Provisoriums funktionsfähig wurde und wie es ganz offensichtlich eine tief verunsicherte, zumindest anfangs stark antidemokratisch oder aber unpolitisch gesinnte Gesellschaft zu integrieren vermochte – dies sind Fragen, die sich nicht allein aus einer ökonomischen Erfolgsgeschichte und einem klugen Verfassungswerk erklären lassen. Dazu gehörte auch die Hervorbringung einer gewissen staatlichen Eigenidentität, die Leitideen zu verkörpern in der Lage war. Auch wenn in aktuellen Feuilletondebatten oft der Abschied von der Bonner Republik erklärt worden ist, spricht vieles dafür, dass die vereinigte Bundesrepublik normativ auf die westdeutsche Geschichte nach 1945 angewiesen bleibt, denn sie ist in ihren Errungenschaften und Irrungen gleichermaßen Identitätsressource und einzig mögliche Ori-

entierungslinie. Zunehmend unklar erscheint jedoch, wie man sich das Verhältnis des gegenwärtigen Staates zu seiner jüngeren Vergangenheit vorzustellen hat und in welcher Form seine Geschichte erzählt werden sollte: als *success story* oder Verfallsgeschichte, als Drama mit glücklichem Ausgang oder als Chronik von Aufstieg und Niedergang? Lange Zeit stellte sich diese Frage kaum – so lange jedenfalls nicht, wie (west)deutsche Historiker an der Meistererzählung von der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte schrieben und den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Nachkriegsjahrzehnte das Deutungsmuster der »geglückten Demokratie« unterlegten.¹³

Genau genommen gab es zwei Versionen dieser *success story*. Die erste stammte von Vertretern der skeptischen Generation und handelte von der erfolgreichen Stabilisierung des westdeutschen Gemeinwesens nach 1945. Sie kreiste um das Wirtschaftswunder und das Wahlwunder der 1950er Jahre, um die Konsolidierung demokratischer Institutionen, die Gewinnung außenpolitischer Sicherheit durch europäische Integration und transatlantische Allianz. Noch 1990 hat Hans-Peter Schwarz in diesem Sinne erklärt, die Geschichte der Bundesrepublik sei erst die Geschichte ihrer Stabilisierung, dann ihrer Stabilität.¹⁴ Die Autoren dieser Stabilitätsgeschichte hatten eher einen liberalkonservativ-bürgerlichen Hintergrund. Ihr Schwerpunkt lag auf der erfolgreichen Modernisierung der 1950er Jahre, als Negativfolie dienten die Instabilität und Krisenanfälligkeit der Weimarer Republik und die auf Zerstörung und Selbsterstörung hin angelegte Dynamik der nationalsozialistischen Diktatur.

Die zweite Variante der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte setzte den Akzent auf die 1960er und frühen 1970er Jahre. Ihr Fluchtpunkt war nicht die Ära Adenauer, sondern die Ära Brandt. Sie handelte weniger von der Stabilisierung des Staates als von der Pluralisierung, Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft, von erweiterten Teilhabemöglichkeiten, vom Ausbau sozialer Sicherheit und dem Abbau hierarchischer Strukturen.¹⁵ Ihre Autoren entstammten oft der Protestgeneration und waren eher auf der politischen Linken angesiedelt. Negativfolien waren für sie der Illiberalismus und Autoritarismus, die Obrigkeitsstaat-